

(44) Computerausdruck mit chinesischen Zahlen

Das Beijinger Institut für Computertechnik hat ein Mikrocomputer-System entwickelt, mit dem chinesische Schriftzeichen ausgedruckt werden können. Es arbeitet mit einem Bildschirm und einer Tastatur mit Zahlencodes, wobei ein chinesisches Schriftzeichen mit bis zu vier Zahlen gedrückt wird. Die Tafel enthält 128 Tasten mit jeweils zwei Symbolen, was erheblich weniger ist als bei ähnlichen Tastaturen, die in Japan entwickelt wurden und teilweise Hunderte von Tasten haben. Die Wiedergabe auf dem Bildschirm erfolgt in arabischen Zahlen, doch wie das Institut verlauten ließ, wird eine "Software" entwickelt, die eine Wiedergabe in chinesischen Zeichen erlaubt. Dieses neue System wird von allergrößter Bedeutung für die chinesische Zeitungsindustrie, das Kommunikationswesen und das Speichern von wissenschaftlichen Daten sein. Die chinesische Sprache hat 50.000 Schriftzeichen, von denen jedoch nur etwa 4.000 im täglichen Gebrauch eine Rolle spielen. Mit dem neuen Programm können 5.000 Schriftzeichen wiedergegeben werden. Das System soll durchaus mit Tastaturen mit lateinischem Alphabet konkurrieren können (XNA, 23.1.81).

-st-

AUSSENWIRTSCHAFT**(45) Chinas Außenhandel 1980: 54,6 Mrd.-Yuan**

Das Gesamtvolumen des chinesischen Außenhandels i.J. 1980 betrug nach Angaben des chinesischen Außenhandelsministeriums 54,6 Mrd.Yuan. Dies waren 8,5% mehr als der ursprüngliche Plan, 20,7% mehr als der Außenhandel i.J. 1979. Exporte machten davon 26,9 Mrd.Yuan aus (+27%), Importe 27,7 Mrd. (+15,2%).

Bemerkenswert an dieser Entwicklung ist, daß

1. ein schnelleres Wachstum der chinesischen Exporte als der Importe das Handelsbilanzdefizit, das 1979 noch 3,1 Mrd.Yuan betragen hatte, 1980 auf 800 Mio.Yuan senken konnte.

2. Die Einfuhr von Gütern für landwirtschaftliche und leichtindustrielle Zwecke und von Konsumgütern verzeichnete einen Anstieg von 48,7%. An den Gesamtimporten Chinas stieg dieser Anteil deshalb auf 52,6%, 1979 betrug er lediglich 40,4%. Der Gesamtwert des importierten Walzstahls, der Buntmetalle, der Maschinen und Instrumente fiel entsprechend von 41,1% 1979 auf 27,6% 1980.

3. Bei Chinas Ausfuhren wuchs der Anteil für schwerindustrielle Produkte von 31,9% 1979 auf 39% 1980, während der Anteil der landwirtschaftlichen Nebenerwerbserzeugnisse von 23,1% auf 21,2% zurückging, der Anteil der Leicht- und Textilindustrie von 45% auf 39,8% (CEN, 26.1.81).

-ga-

(46) Zur neuen chinesischen Außenhandelsstruktur

Die sonst fast nur der Werbung für chinesische Erzeugnisse gewidmete Zeitschrift "China's Foreign Trade" bringt in ihrer Ausgabe vom Januar 1981 einen Artikel über die Reform der chinesischen Außenhandelsstruktur. Obwohl im Laufe des Artikels die neuen Formen der Dezentralisierung des chinesischen Außenhandelsystems beschrieben werden, betont der Artikel zuvor, daß "die Reform der Struktur des chinesischen Außenhandels nicht eine Lockerung der Staatskontrolle über den Außenhandel bedeutet." Die Staatskontrolle werde nicht

nur benötigt, sondern müsse sogar noch verstärkt werden. An einzelnen Änderungen werden folgende Punkte aufgezählt:

1. In Zukunft werden die Zentralen der chinesischen Außenhandelsgesellschaften nur noch bei wenigen wichtigen Erzeugnissen selbst im Handel tätig werden, einige Gesellschaften überhaupt nicht mehr. Hauptsächlich werden sie sich auf die Bereiche der Organisation und Außenhandelsplanung konzentrieren.

2. Bislang sind eigene Außenhandelsgesellschaften in drei Städten - Shanghai, Tianjin und Beijing - und in vier Provinzen - Guangdong, Fujian, Liaoning und Hebei - und in einer Autonomen Region - Guangxi - errichtet worden. Diese Gesellschaften unterstehen sowohl den jeweiligen lokalen Regierungen als auch dem Ministerium für Außenhandel. Mit Gründung weiterer lokaler Außenhandelsgesellschaften ist in Zukunft zu rechnen.

3. Mit Genehmigung des Staatsrates sind Import- und Exportgesellschaften in entsprechenden Ministerien und bei der Chinesischen Akademie für Wissenschaften eröffnet worden, um für die unterstellten Unternehmungen den Import und Export durchzuführen.

4. Einzelne Produktionsabteilungen haben überregionale Gemeinschaftsunternehmungen gegründet, die mit einer bestimmten Warenart handeln. Als Beispiel wird die Shanghai Toys Import & Export Corp. genannt.

5. Einzelne Industrieunternehmungen, Bergwerke und Landwirtschaftseinheiten dürfen mit entsprechenden Genehmigungen selbst Außenhandel betreiben.

Fast entschuldigend schließt der Artikel damit, daß er die "Unbequemlichkeiten" für ausländische Händler anspricht. "In der Vergangenheit konnten ausländische Firmen eine Reihe von Geschäftsabschlüssen mit einer einzigen chinesischen Gesellschaft tätigen. Von jetzt an müssen sie mit verschiedenen Gesellschaften in Verbindung treten. Diese Unbequemlichkeiten werden jedoch nicht lange andauern" (China's Foreign Trade, No.1, 1981).

-ga-

(47) Chinesische Entwicklungshilfe

Für den Zeitraum von 1954 bis 1979 hat die Volksrepublik insgesamt 5 Mrd.\$ an wirtschaftlicher Hilfe an insgesamt 61 Entwicklungsländer gegeben. Sowohl Beträge als auch die mit der gewährten Entwicklungshilfe verbundenen Erwartungen seitens der Volksrepublik haben sich in diesen zweieinhalb Jahrzehnten aufgrund der innerchinesischen Entwicklung stark verschoben. China begann sein Entwicklungshilfeprogramm 1956 mit einigen wenigen Leistungen an seine asiatischen Nachbarn. Anfang der sechziger Jahre waren Nepal, Sri Lanka, Burma und Kambodscha die Hauptempfänger. 1964 erreichte die Entwicklungshilfe einen ersten Höhepunkt mit 315 Mio.\$. Zu jener Zeit wurde die Entwicklungshilfe auf unabhängig gewordene afrikanische Entwicklungsländer ausgedehnt. 140 Mio.\$ flossen an sechs Länder. Ägypten und Pakistan erhielten fast den gleichen Betrag (135 Mio.\$). Nach den politischen Unruhen Ende der sechziger Jahre erreichte die Entwicklungshilfe 1970 einen neuen Rekord mit 780 Mio.\$. Hauptbestandteil hiervon waren 400 Mio.\$ zum Bau der Tansam-Bahn. Im Juli 1976 wurde diese Bahnlinie vorfristig fertiggestellt. Bis 1973 wurden jährlich rund 640 Mio.\$ ausgegeben, wovon 55% an afrikanische Länder gingen. Nach den Unruhen Mitte der siebziger Jahre erreichte die Entwicklungshilfe in den Jahren 1976 bis 1979 jährlich im Schnitt 175 Mio.\$. Aufgrund ihrer

praxisbezogenen, auf die konkreten Bedürfnisse der Empfängerländer eingehenden technischen und wirtschaftlichen Hilfe haben sich die chinesischen Hilfsprogramme als relativ effektiv erwiesen. Die Chinesen stellten in bezug auf die zur Verfügung gestellten Hilfsbeiträge mehr technische Hilfe als jedes andere sozialistische Geberland zur Verfügung.

15-20% der gesamten chinesischen Hilfe wurde ohne Rückzahlungsverpflichtung ausgeschüttet, die Restbeträge laufen als zinsfreie Kredite bei 10-30 tilgungsfreien Jahren und Rückzahlungszeiten von zehn Jahren. Mit ihrer Schwerpunktsetzung auf einfache Bauprogramme und leichtindustrielle Anlagen erzielten die chinesischen Projekte schnellere Resultate als die sowjetischen schwerindustriellen Projekte.

Die Angaben sind einer Studie der Central Intelligence Agency mit dem Titel "Communist Aid Activities in Non-communist Less Developed Countries, 1954-79" entnommen (hier zit. nach AWSJ, 13.1.81).

-ga-

(48) Größtes Seecontainer-Geschäft mit amerikanischer Firma

Die Volksrepublik China ist ein 125-Mio.-\$-Kompensationsgeschäft mit ausländischer Beteiligung zur Herstellung von Seecontainern eingegangen. Es beinhaltet ein dreigliedriges Vertragssystem zwischen der Guangdong-Werft und der China National Machinery Import and Export Corp., der Container Transport International, Inc. (CTI), einer Tochterfirma der Gelco Corp. aus den Vereinigten Staaten, und der Hongkonger Firma Civet Investment Co.

Am Ufer des Perlflusses in Guangdong wird ein Werk errichtet, das in einer Zeitspanne von fünf Jahren 50.000 Stahlcontainer bauen wird. Die chinesische Seite wird, wie bei Kompensationsgeschäften üblich, Arbeitsboden und Arbeitskräfte stellen. CTI wird bei Bau und Fertigung helfen, die Hauptaufgabe der Firma wird jedoch das Leasen der fertigen Container sein. Die Hongkonger Firma Civet wird die Finanzierung des Werkes organisieren und das Werk mit Rohmaterialien beliefern. Civet wird während dieser ersten fünf Jahre ein Minimum von 50.000 Containern dafür erhalten und an die CTI weiterverkaufen. Nach den fünf Jahren wird China die komplette Kontrolle über das Werk erhalten und damit das Recht, Container an andere interessierte Abnehmer zu veräußern (AWSJ, 27.1.81).

-ga-

(49) Rigorose Stops für Auslandsaufträge

Ein vermeintliches Musterbeispiel japanisch-chinesischer Wirtschaftsbeziehungen, das integrierte Stahlkombinat Baoshan bei Shanghai, ist noch vor Abschluß der ersten Ausbaustufe eines plötzlichen Todes gestorben. Signale in dieser Richtung gab es schon im November 1980 (vgl. C.a., September 1980). Nach Auskunft des Vizepräsidenten von Nippon Steel (Konsortiumführer) teilte die chinesische Seite lakonisch mit, daß die VRCh von dem Vertrag mit einem japanischen Firmenkonsortium zurücktrete, das in Baoshan einen Stahlkomplex im Werte von ca. 2 Mrd. US\$ errichten sollte (Financial Times, 29.1.81); das Ende der ersten Ausbaustufe war für Ende 1982 geplant (Kyodo, 21.2.81/SWB, 27.1.81). Ihr Abschluß ist inzwischen um sechs bis zwölf Monate verschoben worden (Financial Times, a.a.O.). Abgesehen von den Finanzierungsschwierigkeiten für dieses Projekt, war Baoshan in China auch unter heftige Kritik geraten, weil der Standort ausgesprochen schlecht gewählt war und die Errichtungskosten ins Enorme stiegen.

Neben Nippon Steel ist besonders auch Mitsubishi Heavy Industries, Ltd. (MHI) betroffen, die im Rahmen des Baoshan-Projekts einen 425-Mio. US\$-Auftrag erhalten hatten (Kyodo, 28.1.81/SWB, 31.1.81).

Außer der "Baoshan-Katastrophe" sind zehn andere japanische Unternehmen durch Auftragsstornierungen hart getroffen: Sie sollten in Nanjing und Shengli (Provinz Shandong) zwei petrochemische Werke errichten. Wie auch bei den Baoshan-Stops sind hier zahlreiche kleinere japanische Zulieferbetriebe unmittelbar betroffen, da die Unteraufträge schon vor geraumer Zeit vergeben wurden. Die japanischen Firmen beziffern ihre Verluste in Shengli mit 115 Mrd. Yen (ca. 1,1 Mrd. DM) und 106 Mrd. Yen im Werk Nanjing, aber die gesamten Verluste werden höher liegen, da auch europäische und amerikanische Firmen beteiligt sind - man spricht von insgesamt ca. 500 Mrd. Yen (NfA, 5.2.81).

-p-

(50) Und trotzdem: Einige Joint Ventures kommen in Gang

Anstelle des schon im Vorjahr gestoppten Joint Venture zwischen der Shanghai Stadregierung und dem Elektrokonzern Sanyo (vgl. C.a., November 1980, S.947) hat dieser japanische Konzern mit der Provinzregierung von Guangdong ein Absichtsprotokoll unterzeichnet, nach dem Sanyo dort ein Werk für Eisschrank-Kompressoren errichten will (NfA, 20.1.81). Die endgültige Entscheidung steht noch aus, vermutlich weil die Zentralbehörden in Beijing bisher ihre Zustimmung noch nicht gegeben haben (NZZ, 17.1.81). Hitachi vereinbarte mit den Provinzbehörden von Fujian ein Joint Venture, das im Volumen unter 5 Mio. US\$ liegt und deshalb von der Zentralregierung nicht ausdrücklich bewilligt werden muß. Das Werk soll Fernsehgeräte produzieren. Angeblich enthält der Vertrag auch Bestimmungen über Gewinntransfer und Investitionssicherung. Dasselbe gilt auch für das Sanyo-Guangdong-Projekt. (Das Firmenkapital soll hier 5 Mrd. Yen umfassen, von dem Sanyo 75%, der chinesische Partner 25% aufbringen werden; annähernd entsprechend ist die Verteilung bei der Firmenleitung: sechs japanische und vier chinesische Direktoren.) Auch der Sony-Konzern scheint mit China ins Geschäft zu kommen: Zusammen mit der China Electronics Import and Export Co. will Sony bis 1984 in zwei Entwicklungsstufen kombinierte Radio-Kassettengeräte bauen und über das eigene Vertriebsnetz vor allem in Nah- und Mittelost sowie Südamerika und SO-Asien absetzen. Auf zwei Bändern sollen bis 1982 ca. 100.000 Geräte gefertigt werden, wobei die Teilezulieferung ausschließlich durch Sony erfolgt und die chinesische Seite mit dem Erlös aus Exporten bezahlt. Es soll dann die Fertigung von TV-Geräten mit Großbildschirm folgen, die im Gegensatz zu den Recordern ausschließlich für den innerchinesischen Gebrauch (Propaganda, Ausbildung) bestimmt sind; der Bildschirmdurchmesser soll ca. 1,25 m (diagonal) betragen. In einer dritten Phase schließlich strebt Sony an, eine breite Palette von Sony-Produkten in der VRCh zu fertigen; vorsichtigerweise allerdings hat sich der Konzern die Möglichkeit gesichert, vor dieser dritten Phase aus dem Joint Venture aussteigen zu können (NZZ, 17.1.81; NfA, 20.1.81).

Angeblich das erste tatsächlich von den Zentralbehörden in Beijing bewilligte Joint Venture zwischen Japan und China ist ein Betrieb zur Herstellung von Glukose und physiologischen Salzen, ein Gemeinschaftsunternehmen zwischen Otsuka Pharmaceutical Co. und der China Pharmaceutical Co. im Umfang von 6,6 Mio. US\$ (NZZ, 17.1.81). Die größte japanische Supermarkt-Kette Daiei, Inc. hat sich grundsätzlich mit der Stadtverwaltung von Tianjin über die Errichtung eines ge-

meinsamen Handelshauses zum Vertrieb chinesischer Waren in Japan (Teppiche, Lebensmittel u.a.) geeinigt; das eingetragene Kapital beträgt 100 Mio.Yen, das von beiden Partnern zu gleichen Teilen aufgebracht wird, die Firma wird bei der Daiei-Zentrale in Osaka angesiedelt (NFA, 20.1.81).

-p-

(51) Shanghai baut Schiffe für deutsche Reeder

Die Shanghaier Werft Zhonghua wird für die in Hamburg ansässige Firma Schulz & Clemmesen, Schulauer Befrachtungskontor, drei kleine Massengutfrachter bauen, für drei weitere erhält die Firma eine Option. Die Schiffe werden in der zweiten Jahreshälfte 1982 abgeliefert werden und haben eine Kapazität von 4.400 tdw. Ein zweiter Vertrag wurde zwischen der Shanghaier Werft und den Reedereien Claus F.Oldendorff, Lübeck, und Peter Döhle, Schiffahrts-KG, Hamburg, abgeschlossen. Hier geht es um den Bau von vier Containerschiffen im Wert von zusammen 80 Mio.DM. Die Schiffe haben je eine Größe von 12.300 tdw und werden von Juni 1982 bis März 1983 ausgeliefert werden (Fin. Times, 23.1.81).

-ga-

(52) Japan finanziert Krankenhausbau

Im Beisein des chinesischen Gesundheitsministers Quian Xinzhong tauschten der japanische Botschafter in Beijing, Yoshida Kenzo, und der Vizeminister für das öffentliche Gesundheitswesen, Tan Yunhe, Noten über die Gewährung einer japanischen Schenkung (grant) zur Errichtung des "Japanisch-chinesischen Freundschaftskrankenhauses" in Beijing aus. Die japanische Seite hatte die Zusage zur Gewährung eines solchen "grant" 1979 anlässlich des Besuchs des inzwischen verstorbenen Ministerpräsidenten Ohira Masayoshi in Beijing gemacht. Das Krankenhaus wird eine Bettenkapazität von 1.000 Einheiten umfassen; angegliedert sind eine Ambulanz, ein Forschungsinstitut, ein Rehabilitationszentrum und eine Pflegerinnenschule. Der Baubeginn ist für Ende 1981 vorgesehen, das Projekt soll im Frühjahr 1984 abgeschlossen sein (XNA, 26.1.81/SWB, 31.1.81).

-p-

(53) Japanisch-chinesisches Doppelbesteuerungsabkommen in Sicht

Fachleute beider Länder beendeten am 28.1.81 dreitägige Gespräche als erste Runde von Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen, das bei Ministergesprächen im Dezember 1980 in Aussicht genommen worden war. Auf chinesischer Seite nahm Liu Zhicheng (Leiter der Steuerabteilung des Finanzministeriums) an den Gesprächen teil, Leiter der japanischen Delegation war Umezawa Setsuo (Referatsleiter im japanischen Finanzministerium). Beide Seiten einigten sich darauf, bald eine neue Gesprächsrunde zu beginnen - Ort und Zeitpunkt sollen durch übliche diplomatische Kanäle vereinbart werden (XNA, 29.1.81).

-p-

(54) Bereitschaft Chinas, mit Großbritannien Altschulden zu begleichen

Gegenüber Großbritannien hat die Volksrepublik China ihre Bereitschaft erklärt, die durch die Gründung der Volksrepublik 1949 - und die damit erfolgten Enteignungen - entstandenen Schulden zu begleichen. Parallel dazu wollen die Chinesen eine Entschädigung für die im Gegenzug in Großbritannien

beschlagnahmten Vermögenswerte. Britische Vermögenswerte in China belaufen sich auf mehrere hundert Millionen Pfund. Sie umfassen Immobilien, Pensionsansprüche, Bankguthaben und in chinesischer Währung ausgestellte Schuldverschreibungen. Getrennt verhandelt werden soll über Schuldverschreibungen, die auf Pfund Sterling lauten. Zu den größten Gläubigern, die im vorrevolutionären China große Vermögenswerte besessen haben, gehören die BAT Industries, der Welt größter Zigarettenhersteller, die Ölfirma Shell und auch das heute in Hongkong beheimatete Handelshaus Jardine Matheson.

1979 hatte man mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen über die gegenseitigen Altschulden getroffen. Amerikanische Forderungen gegenüber China hatten 220 Mio.\$ betragen, chinesische Forderungen gegenüber den USA rund 90 Mio.\$. Im Endeffekt hatte man sich daraufhin geeinigt, pro 1 Dollar US-Forderung 41 cent anzuerkennen, so daß sich die Summen der gegenseitigen Forderungen ausgeglichen haben.

-ga-

WIRTSCHAFT

(55) Staatsratsdirektive gegen Spekulation, Profitmacherei und Schmuggel

Der chinesische Staatsrat hat eine umfassende Direktive herausgegeben, die die "Stärkung der Kontrolle der Märkte und ein Eingreifen gegen Spekulation, Profitmacherei und Schmuggel" zum Ziele hat. Im einzelnen werden folgende Bestimmungen getroffen:

Alle Handelsabteilungen und Büros müssen streng darauf achten, daß die Bestimmungen der Kaufs- und Verkaufspolitik und der Preispolitik eingehalten werden. Sie müssen ihre geschäftlichen Aktivitäten streng im Rahmen ihrer Geschäftslizenzen einhalten, ihnen ist es nicht gestattet, Preise zu erhöhen.

Industrieunternehmungen haben streng darauf zu achten, daß alle staatlichen Abgabeverpflichtungen erfüllt und daß die Produktionsverträge eingehalten werden. Auf dieser Basis ist es ihnen dann gestattet, durch eigene Kanäle ihre Erzeugnisse zu verkaufen.

Ohne Zustimmung der Industrie- und Handelsverwaltungsabteilung ist es keinem Individuum (einschl. Unternehmungen durch private Zusammenschlüsse) gestattet, Produkte zu verkaufen. Händler mit entsprechenden Genehmigungen dürfen kleine Waren für den täglichen Gebrauch in Übereinstimmung mit den Bestimmungen verkaufen.

Unter der Voraussetzung, daß die staatlichen Ablieferungsbestimmungen eingehalten und die Produktionsverträge erfüllt worden sind, dürfen die Staatsgüter, die Forstwirtschaftszentren, die Viehhaltungs- und Fischereibetriebe ihre Überschußprodukte auf eigenen Absatzwegen verkaufen.

Wenn Staatsorgane und -organisationen, Truppenteile, Schulen, Betriebe und Institutionen ländliche und Nebenerwerbsprodukte von den ländlichen Kommunen und den Bauernmärkten kaufen wollen, so bedarf es hierzu der Zustimmung der Industrie- und Handelsverwaltungsabteilungen.

Ländliche Kommunen und Kollektive dürfen überschüssige Acker- und Nebenerwerbserzeugnisse der Kategorien 2 und 3 erzeugen - nachdem sie die staatlichen Ablieferungspflichten